

**KOMPAKT**

**Schweiz-Tourismus verliert Marktanteile**

**BERN** – Der Schweizer Tourismus verliert wegen des hohen Preis- und Kostenniveaus Marktanteile. Zu diesem Schluss kommt eine Studie, die am Dienstag in Bern vorgestellt wurde. Die Preise für Wintersportferien in der Schweiz, in Österreich, Frankreich und Italien unterscheiden sich deutlich. Im Vergleich zu Frankreich kann die Schweiz zwar recht gut mithalten. Hingegen sind Österreich und Italien preislich viel attraktiver. In Italien liegt das Preisniveau um 8 bis 43 Prozent unter jenem der Schweiz, wie die Studie zeigt. Die prozentualen Abweichungen in den Top-Destinationen sind allerdings deutlich grösser als in den kleinen Wintersportorten. In Österreich liegt das Preisniveau je nach Destinationstyp um 16 bis 35 Prozent unter jenem der Schweiz. Die prozentualen Preisunterschiede sind in der Haupt- und Nebensaison sowie in den verschiedenen Hotelkategorien ähnlich gross. Trotz höheren Preisen weist die Schweizer Hotellerie auch eine eher schwächere Investitionsfähigkeit auf. Grund dafür sind gemäss der Untersuchung die günstigeren Investitionskosten, verbunden mit dem tendenziell einfacheren Zugang zu Fremdkapital in Österreich.

**Leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit in EU**

**LUXEMBURG** – Die Arbeitslosigkeit in der EU ist wieder leicht gestiegen. Das EU-Statistikamt Eurostat gab am Dienstag die saisonbereinigte Quote für Mai im Durchschnitt der 15 EU-Länder mit 8,1 an. Im Vormonat hatte sie noch bei 8,0 Prozent gelegen, im Mai 2002 bei 7,6 Prozent. Noch höher war die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der 12 Länder mit der Gemeinschaftswährung Euro, also die EU-Staaten ohne Grossbritannien, Schweden und Dänemark: Hier kam Eurostat auf eine Quote von 8,8 Prozent – wie schon im April. Im Mai 2002 lag die Quote im «Euroland» bei 8,3 Prozent. Die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU verzeichnete im Mai 2003 Luxemburg mit 3,6 Prozent, den höchsten Stand hatte Spanien mit 11,3 Prozent. Deutschland folgt mit 9,4 an zweiter Stelle.

**Barry Callebaut kaut an Stollwerck-Akquisition**

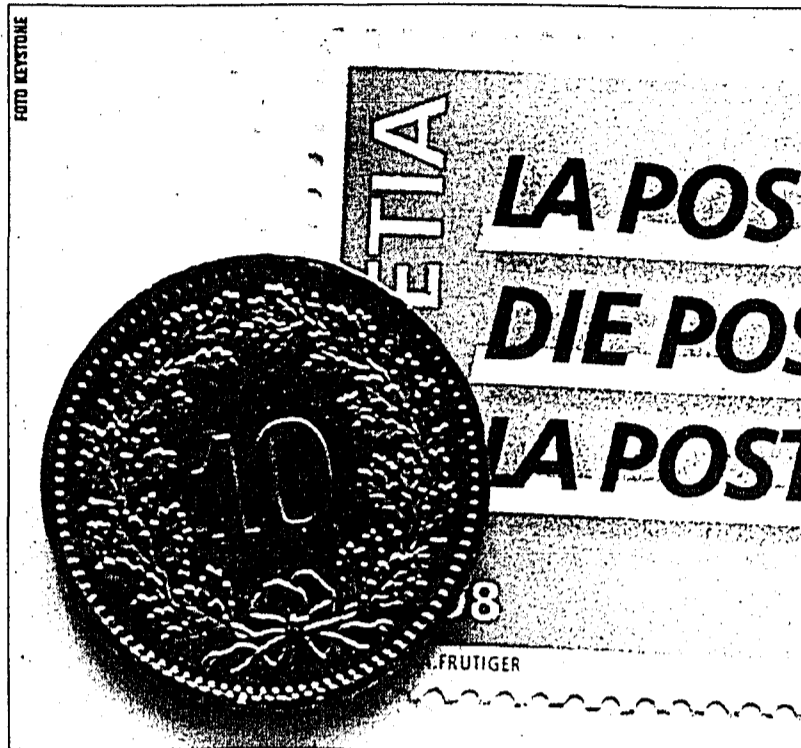
**ZÜRICH** – Der weltweit führende Kakao- und Schokoladekonzern Barry Callebaut hat die Akquisition der deutschen Stollwerck noch nicht verdaut. Das belgisch-französische Unternehmen mit Schweizer Sitz weist nach drei Quartalen zwar ein starkes Umsatzwachstum aus, blieb beim Gewinn aber hinter den Erwartungen zurück. Wie dem am Dienstag in Zürich publizierten Quartalsbericht zu entnehmen ist, steigerte der 1996 aus der Fusion der belgischen Callebaut mit der französischen Cacao Barry hervorgegangene Konzern den Umsatz in den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres um 38 Prozent auf 2,761 Milliarden Franken. Die abgesetzte Menge Schokolade stieg um 17 Prozent auf 685.265 Tonnen. Sämtliche Geschäftsbereiche zeigten einen höheren Umsatz. Am stärksten legte aber die Sparte Verbraucherprodukte zu: Mit 737 Millionen Franken stieg der Absatz dank der Stollwerck-Integration um mehr als das Dreifache. Damit verfügt der zuvor vor allem im Bereich Industrieschokolade tätige Konzern nun auch im Einzelhandel mit Marken wie Sarotti, Alpi oder Sprengel eine stärkere Position. Nicht mit dem Wachstum Schritt hielten die Erträge. Der Konzerngewinn nahm in den vergangenen neun Monaten um vergleichsweise bescheidene 2,4 Prozent auf 82,4 Millionen Franken zu. Im letzten Quartal brach der Gewinn um mehr als 50 Prozent auf 6,5 Millionen Franken ein. Konzernsprecherin Gaby Tschofen begründete die flache Gewinnentwicklung mit den Finanzlasten aus der Stollwerck-Akquisition und einem höheren Steuersatz. Die Nettoverschuldung stieg im Jahresvergleich um mehr als einen Viertel auf 1,161 Milliarden Franken. Das Eigenkapital sank um zwei Prozent auf 712 Millionen Franken.

**Briefpost-Porti werden teurer**

**Moritz Leuenberger genehmigt Tarifierhöhung bei A- und B-Post**

**BERN** – Die Briefpost wird ab nächstem Jahr teurer. Bundesrat Leuenberger hat einer Erhöhung von 90 Rappen auf einen Franken bei der A-Post und von 70 auf 85 Rappen bei der B-Post zugestimmt. Weitere Begehren wurden abgewiesen. Die Post kritisierte den Entscheid und kündigte einschneidende Massnahmen an. Kritik übte auch die Wirtschaft.

Ausschlaggebend für die Tarifierhöhung bei den Standardbriefen, die auch vom Preisüberwacher unterstützt wurden, waren laut dem Departement Leuenberger der erstmalige Verlust der Briefpost im 2002 und die zunehmende Konkurrenz durch die elektronische Kommunikation. Zudem seien die Tarife letztmals 1996 erhöht worden. Trotz der Preisanpassung gehörten die Briefpostpreise kaufkraftbereinigt zu den günstigsten in Europa. Auch die beantragte Erhöhung der Vorzugspreise für die Beförderung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften wurde genehmigt. Die Preisanpassung wird mit der Kürzung des Beitrags um 20



Ab dem kommenden Jahr muss für die Briefpost mehr bezahlt werden.

Millionen Franken im Parlament begründet. Für die Regional- und Lokalpresse dürften die Tarife um vier bis fünf, für die übrigen Tageszeitungen um sechs bis elf Prozent

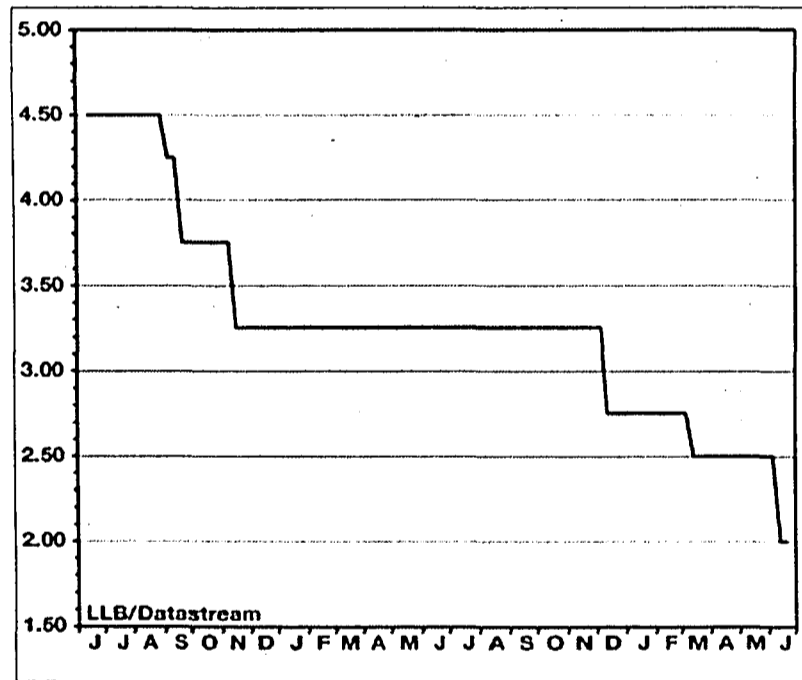
ansteigen. Die übrigen Begehren der Post wurden im Einklang mit dem Preisüberwacher abgewiesen. So wollte die Post auch die Tarife für alle anderen Briefformate sowie

eingeschriebene Briefe erhöhen. Die Post ist deshalb mit den Entschieden unzufrieden. Die Mindererinnahmen durch die nicht genehmigten Tarifierhöhungen würden 2004 mindestens 60 Millionen Franken betragen und zu einem massiven Defizit führen, auf das die Post mit einschneidenden Massnahmen reagieren müssen, schreibt die Post. PostMail werde in den kommenden Jahren weiter rote Zahlen schreiben. Über die Art der angekündigten Massnahmen konnte sich Post-Sprecher Richard Pfister noch nicht äussern. Einschneidende Massnahmen seien aber generell fast nicht denkbar ohne Stellenabbau, sagte er. Für den Wirtschaftsdachverband economiesuisse ist die Tarifierhöhung falsch, weil damit versucht wird, ein politisch bedingtes Problem über Tarifierhöhungen zu lösen, wie Rene Buholzer, Mitglied der Geschäftsleitung von economiesuisse, sagte. Die Kosten würden in erster Linie die Geschäftskunden tragen müssen, die 80 Prozent zum Umsatz der Briefpost beitragen.

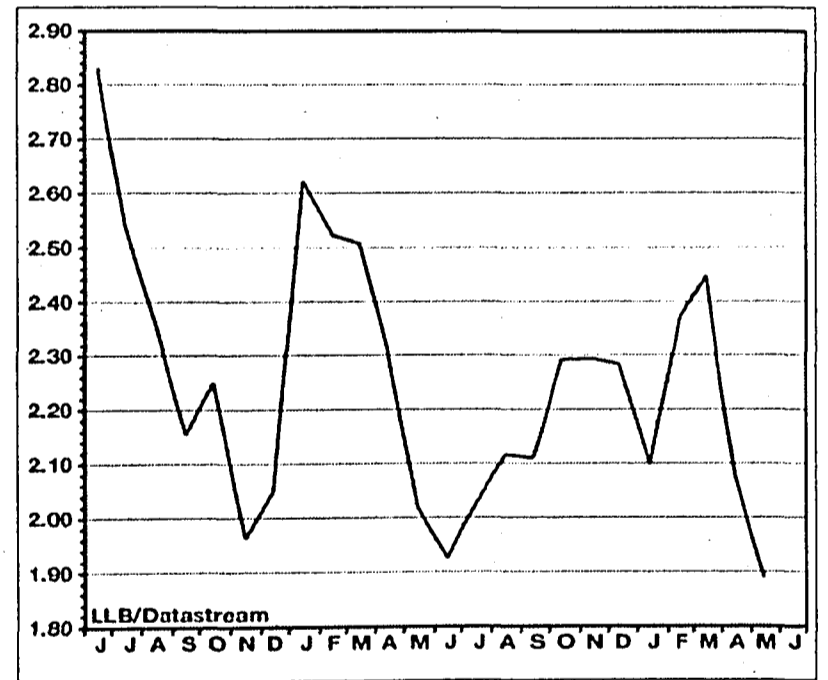
**LAFV-GASTBEITRAG**

**EZB: Markt preist weitere Zinssenkung ein**

Von Dr. Werner Löffler, LLB Investment Partners AG



Leitzins Euroland



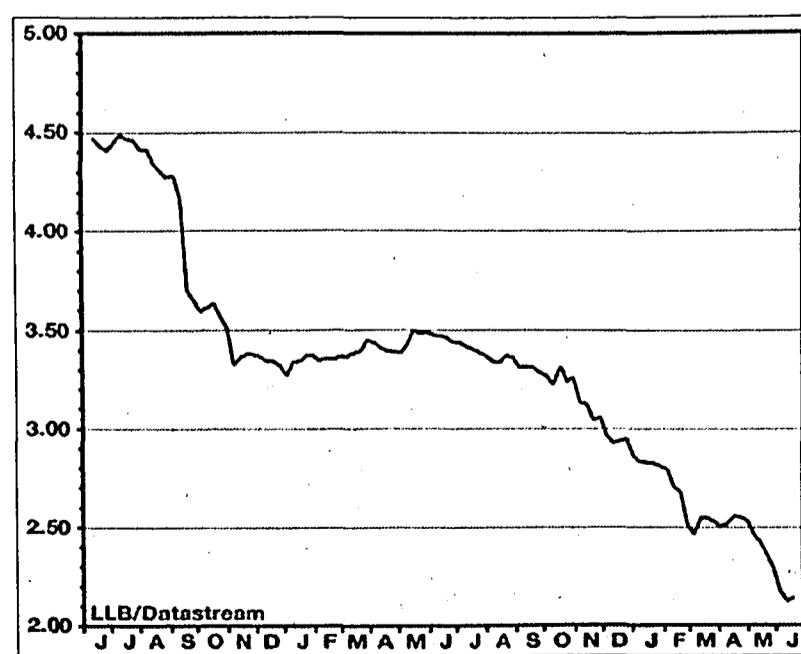
Inflation Euroland

**Mit der jüngsten Zinssenkung um 50 Basispunkte Anfang Juni entsprach die Europäische Zentralbank (EZB) den Erwartungen des Marktes.**

Ein kleiner Schritt hätte wahrscheinlich Enttäuschung am Aktienmarkt ausgelöst, 75 Basispunkte unter Umständen Vermutungen spriessen lassen, die EZB sehe die konjunkturelle Lage noch viel schlechter als vom Markt angenommen.

Im vorbereiteten Statement wurde die Zinssenkung mit verbesserten Inflationsaussichten begründet, die sich einerseits aus der schwachen Konjunktur und andererseits aus dem starken Euro ergeben. Zudem betonte die Notenbank überraschend deutlich die Abwärtsrisiken für die Eurozone. Zu diesen zählt die EZB insbesondere SARS und Restrukturierungen in den Unternehmen, die weitere Entlassungen nach sich ziehen könnten.

Unterstützt wurde die Leitzinssenkung auch durch die Reform der geldpolitischen Strategie, die von der EZB jüngst vollzogen wur-



3-Monats-Terminalsätze

de. War das Ziel der Preisstabilität vorher nur sehr ungenau definiert als eine Inflationsrate von «weniger als zwei Prozent», so heisst es nun zusätzlich, dass mittelfristig eine Rate von «nahe zwei Prozent» angestrebt werde. Die EZB stellt damit klar, dass sie Sorgen ernst nimmt, ein ehrgeizigeres Preissta-

bilitätsziel könnte für den Euro-Raum oder für einzelne Mitgliedstaaten ungünstige wirtschaftliche Folgen haben.

Die Gefahr einer Deflation spielte Notenbank-Chef Duisenberg in seiner Stellungnahme zwar herunter, gleichwohl haussierten Euro-Obligationen und Geldmarkt-Futu-

res nach der Zinsankündigung und setzten ihre Rallye fort. Diese Reaktion an den Geld- und Kapitalmärkten zeigt, dass der Markt die Äusserungen Duisenbergs als ein Signal für weitere Zinssenkungen interpretiert. Bis zum Jahresende wird in den Geldmarkt-Futures ein weiteres Absinken des Leitzinses um 25 Basispunkte eingepreist. Die Aufwertung des Euro zum US-Dollar im Anschluss an die Zinsentscheidung verleiht dieser Erwartung zusätzlichen Rückenwind. Dass die Leitzinsen jedoch noch viel Spielraum nach unten haben, ist unseres Erachtens keine ausgemachte Sache. Zu einer Trendwende könnte es spätestens dann kommen, wenn sich die positiven Konjunkturdaten in den USA und Euroland mehren. Wir gehen nach wie vor von einer Verbesserung des globalen Konjunkturumfelds im zweiten Halbjahr 2003 aus.

Verfasser: Dr. Werner Löffler, LLB Investment Partners AG

Die alleinige inhaltliche Verantwortung für den Beitrag liegt beim Verfasser.